

Warnstreik in Freiburg, Tübingen, Karlsruhe, Stuttgart

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

toll, dass ihr alle hier seid! Am Samstag beginnt in Potsdam die 3. Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Hier in Tübingen setzen wir, die GEW zusammen mit verdi, GdP und BAU, die Warnstreiks dieser Woche fort. Wir sagen unserem Arbeitgeber, den Landesregierungen: Wir brauchen eine Gehaltserhöhung, die im Geldbeutel auch wirklich spürbar ist! Und das fordern wir nicht trotz, sondern wegen der aktuellen Krise:

Bankenkrise, Absatzeinbrüche bei den Autobauern und Zulieferbetrieben, große Flaute bei der Binnenkonjunktur. Unternehmen und Großaktionäre verbreiten Weltuntergangsstimmung. Bundes- und Landesregierung reagieren mit Riesenkrediten für Banken, mit Konjunkturprogrammen im dreistelligen Milliardenbereich. Staatliche Gelder sollen u.a. Investitionen in Sanierung und Neubau öffentlicher Gebäude ermöglichen. Sie sollen Unternehmen in die Lage versetzen, Arbeitsplätze zu schaffen. Investitionen in Personal im öffentlichen Dienst, in Personal im Bildungsbereich schließen die Konjunkturprogramme ausdrücklich aus. Die müssen wir uns selbst holen!

Unsere Forderung heißt: Mit 8 Prozent raus aus der Krise!

8 Prozent mehr – mindestens 200 Euro - für die Angestellten und die Beamtinnen und Beamten der Länder, außerdem eine kräftige Erhöhung der Anwärterbezüge! Jährlich mehr als 6.000 junge Lehrer/innen müssen mit 1000 – 1200 € Familie, Auto und Wohnung finanzieren. Deshalb sind wir mit dieser Forderung in die Tarifrunde gegangen.

Die letzte Einkommenserhöhung von circa 3 Prozent zum 1. Januar 2008 hat noch nicht einmal die Preissteigerung ausgeglichen.

Wer erinnert sich eigentlich noch an die Lohnerhöhung davor?

Das war vor fünf Jahren – ein Prozent am Anfang und noch mal ein Prozent in der Mitte des Jahres 2004.

Diese mickrige Einkommensentwicklung führte dazu, dass die Kaufkraft unseres Einkommens seit 2000 um 0,8 Prozent gesunken ist.

Was ist die Folge dieser viel zu niedrigen Lohnerhöhungen, die Folge der Zurückhaltung bei Tarifforderungen: die Binnennachfrage ist zu schwach.

Wer kein Geld in der Tasche hat, kann keines ausgeben! Diese platte Tatsache bestätigen sogar die Wirtschaftsweisen. Für uns ist klar:

Eine Tariferhöhung von 8 Prozent und die Übertragung auf Beamtinnen und Beamte ist ein wirksames Konjunkturprogramm, weil damit die Nachfrage gestärkt wird.

Schließlich hängen vier von fünf Arbeitsplätzen von der Binnennachfrage ab. In keinem Land sind die Einkommen in den letzten 10 Jahren so langsam gestiegen wie in Deutschland. Rd. 7 Milliarden umfasst das Forderungsvolumen der Gewerkschaften. Im Vergleich zu den staatlichen Stützungs- und Konjunkturprogrammen sind das Peanuts.

Außerdem: Jede Entgelterhöhung im öffentlichen Dienst fließt zu einem großen Teil in Form von zusätzlichen Steuern und Sozialabgaben direkt oder indirekt wieder an die Arbeitgeber zurück. Nicht einmal die Hälfte verbleibt wirklich bei den Beschäftigten und kann von diesen ausgegeben werden. Dieser verbleibende Rest wird in der Regel größtenteils sofort ausgegeben und dann werden zusätzlich Konsumsteuern fällig, die wiederum in die öffentlichen Haushalte fließen.

Unsere Tarifforderung kostet also höchstens 2 bis 3 Milliarden Euro. Und für einen solchen Betrag würden die Vorstände der Großbanken nicht einmal im Finanzministerium vorsprechen.

Unsere diesjährige Tarifrunde ist nicht nur wegen der wirtschaftlichen Situation eine besondere Herausforderung. Erstmals streiten die Beschäftigten der Länder alleine für ihre Tarifforderung. In der Vergangenheit standen wir immer gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der Kommunen auf der Straße. Sind wir ehrlich: Es waren überwiegend die Kolleginnen und Kollegen aus der Ver- und Entsorgung, der Krankenhäuser und der Kindertagesstätten, die auch für uns die Tariferhöhungen durchgesetzt haben. Die Länderbeschäftigten – und insbesondere die Beschäftigten in Schulen, in Kitas und an den Hochschulen der Länder – müssen jetzt zeigen, dass sie selbst in der Lage sind, ihre Forderungen durchzusetzen.

Tarifrunden sind Interessenkonflikte. Wir im ö.D. sind nicht die Sparschweine der Nation. In kaum einer Branche in Deutschland sind die Einkommen so langsam gestiegen wie im öffentlichen Dienst. Das liegt nicht daran, dass es sich die öffentliche Hand nicht leisten könnte, uns angemessen zu bezahlen. Die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg sind im vergangenen Jahr um 3,9 Prozent gestiegen. Sie waren so hoch wie nie zuvor. Für 2009 wird sogar ein Zuwachs um weitere knapp 4,8 Mrd. Euro erwartet.

Der Staat hat vielmehr durch eine völlig verfehlte Finanz- und Steuerpolitik seine Kassen geleert.

Hierzu nur ein Beispiel: Wäre die Besteuerung der Kapitalgesellschaften ab 2001 so hoch geblieben wie im Jahr 2000, dann hätte der Staat in den 5 Jahren bis 2005 115 Milliarden Euro mehr eingenommen. Die Folge war vielmehr ein lang anhaltender wirtschaftlicher Niedergang und eine beispiellose Verschuldungspolitik.

Dass es nicht die Personalkosten sind, die die Verschuldung verursacht haben, zeigt das Beispiel Baden-Württemberg. Dort sind in den letzten 5 Jahren die Personalausgaben praktisch nicht mehr gestiegen.

Es ist den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im März 2008 gelungen, für die kommunalen Beschäftigten eine ordentliche Einkommenserhöhung durchzusetzen. Über 8 % in zwei Jahren können sich sehen lassen.

Wir wollen auch für die Landesbeschäftigten einen vergleichbaren Abschluss. Schließlich ist die Arbeit einer Erzieherin im Landesdienst nicht weniger wert als die Arbeit einer Erzieherin im kommunalen Dienst und die Arbeit einer Lehrerin an einer Hauptschule nicht weniger Wert als die Arbeit einer Lehrerin an einer Zivildienstschule.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst braucht aber vor allem eines: Qualifizierte und motivierte Fachkräfte in der Bildung, im Gesundheitswesen, in der Sozialarbeit und in der Verwaltung! Dazu gehören aber auch eine anständige Bezahlung und akzeptable Arbeitszeiten. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst kostet eben Geld und dieses Geld kann und muss die öffentliche Hand zur Verfügung stellen. Egal ob Finanzkrise oder nicht. Der Bildungsbereich macht einen beträchtlichen Anteil an den Personalkosten im Landeshaushalt aus. Wir betrachten uns aber nicht als Kostenfaktor, sondern wir sind diejenigen, die die Kinder und Jugendlichen zu selbständigen und mündigen Mitgliedern dieser Gesellschaft befähigen sollen. Dass

für die Arbeit mit kleinen Kindern noch kleinere Gehälter bezahlt werden, ist ein grobe Missachtung dieser Arbeit.

An die Adresse von MP Oettinger gerichtet sage ich: Wir im ö.D. sind Leistungsträger, auch wenn Sie, wie neulich in der Zeitung zu lesen war, die Menschen in zwei Sorten einteilen, nämlich in Leistungsträger und kleine Facharbeiter.

Nur ein Beispiel dazu, wer offensichtlich für ihn zu den Leistungsträgern gehört: Das Management der Dresdner Bank. Diese Herren und wenigen Damen haben im letzten Jahr erfolgsabhängige Gehaltsbestandteile – also eine zusätzliche Vergütung wegen besonderer Leistung – in Höhe von 400 Millionen Euro erhalten. Und das, obwohl das Institut seit Jahren tiefrote Zahlen schreibt (Frankfurter Rundschau, 15.1.2009). Jetzt musste die Bundesregierung diesen Leistungsträgern 5 bis 10 mal soviel Geld zur Verfügung stellen, wie die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst kosten würde, um die Dresdner Bank zu retten und die Übernahme durch die Commerzbank zu sichern.

Diejenigen, die sich an unseren gewerkschaftlichen Aktionen beteiligen, sind für mich Leistungsträger: Die Arbeitnehmer/innen im Warnstreik und die Beamtinnen und Beamten, die sich nicht als Streikbrecher einsetzen lassen. Ich ärgere mich über so manche Beschäftigten, ob angestellt oder verbeamtet, die sich den gewerkschaftlichen Arbeitsk Kampfmaßnahmen entziehen, ja sich sogar entrüsten und offen distanzieren, um anschließend bei den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten darüber zu klagen, wie wenig denn bei den Verhandlungen herausgekommen ist. Und deshalb freue ich mich, dass ihr heute alle hier seid: Ich grüße alle Mitglieder der ö.D.-Gewerkschaften, ganz besonders die GEW-Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße auch die noch nicht bei unseren Gewerkschaften organisierten! Ich begrüße ganz besonders herzlich die Kolleginnen und Kollegen aus der Körperbehindertenförderung Neckar-Alb, aus Schulkindergärten und die Kolleginnen aus der KiTa der UNI, viele Kolleginnen und Kollegen aus den Hochschulen und natürlich die Lehrerinnen und Lehrer aus den Schulen in Südwürttemberg. Dank eures Einsatzes hat die GEW einen großen Schritt nach vorne in der Vertretung unserer Interessen gemacht:

Dass an den Einrichtungen Kinder und Jugendliche die Auswirkungen des Warnstreiks zu spüren bekommen, ist nicht unser Ziel. Es ist die unausweichliche Folge aus der Tatsache, dass w i r, die Gewerkschaftsmitglieder unter dem Dach des DGB, bereit sind, mit allen verfügbaren Mitteln unsere Forderungen durchzusetzen. Das sage ich ganz bewusst an die Adresse d e s Lehrerverbandes im Beamtenbund, der in der vergangenen Woche Schulstreiks in einer Pressemitteilung als unsozial bezeichnete und damit allen warnstreikenden Kolleginnen und Kollegen in den Rücken fällt. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Solidarität sieht anders aus!

Wir wollen in dieser Tarifrunde nicht nur Anschluss halten an die Einkommensentwicklung bei Bund und Kommunen.

Wir wollen auch eine Reihe von strukturellen Verbesserungen für Beschäftigte in Bildung und Erziehung. Für diese gab es nämlich durch die Umstellung auf den TV-L - anders als für die Beschäftigten in anderen Bereichen – zusätzliche Probleme. Es ist vollkommen inakzeptabel, dass durch das neue Tarifsystem z.B. junge Lehrkräfte und Wissenschaftlerinnen bis zu 27 Prozent ihres Einkommens verloren haben. Es ist nicht hinnehmbar, dass die alten Aufstiege für Erzieherinnen ausgelaufen sind – und die Arbeitgeber durch ihre Blockadehaltung die schnelle Verhandlung einer neuen Entgeltordnung verhindern.

Auch wenn der Verhandlungsführer der Länder – der niedersächsische Verhandlungsführer Möllring – von Anfang an gesagt hat, ein bisschen Streik müsse man eben hinnehmen. Die Öffentlichkeit wird dies im Superwahljahr anders sehen. Es reicht nicht aus, die Bedeutung von Bildung in Erziehung im Wahlkampf zu betonen, und die Schulen und Universitäten zu renovieren.

Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen stimmen. Die Nachwuchsprobleme im Bereich der Erzieherinnen und Lehrkräfte sind ein Alarmsignal! Beschäftigte, die aufgrund ihrer Qualifikation auch in der sog. freien Wirtschaft arbeiten können, gehen lieber dorthin. Das wird am Lehrermangel der beruflichen Schulen überdeutlich.

Zwei Verhandlungsrunden liegen hinter uns, in denen die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt haben. Dabei versicherten mir Ministerpräsident Oettinger und Finanzminister Stächele unisono, dass sie angeblich an einem schnellen Tarifabschluss interessiert seien. Wie ernsthaft dieses Interesse wirklich ist, konnte ich am Tag nach der 2. Verhandlungsrunde bei einem Gespräch mit Finanzminister Stächele erfahren: Er war nicht darüber informiert, dass die Arbeitgeber weiterhin kein Angebot vorgelegt haben. Eine Leistungsprämie hat er sich damit nicht verdient.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind bereit: Wenn der Verlauf der 3. Verhandlungsrunde uns dazu zwingt, werden wir die Tarifauseinandersetzung im Land sehr viel deutlicher spürbar machen. Die Gewerkschaften verlangen nichts Maßloses, sondern lediglich das, was die Kolleginnen und Kollegen bei Bund und den Kommunen auch erhalten. Unsere Forderung ist gerechtfertigt, finanzierbar und volkswirtschaftlich vernünftig. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, heißt unser Motto: **Mit 8 Prozent raus aus der Krise!** Vielen Dank!

11. Februar 2009

Doro Moritz

Vorsitzende Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg